Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 1/2 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 150. **Sonnabend** den 23. März 1901. **95. Jahrgang.**

England, Japan und Rußland in der Mandschurei.

v. S. Der Streit um die Mandschurei beginnt allmählich eine Wendung zu nehmen, die die endgiltige Entscheidung auf lange hinausschieben muß. Der Protest der Mächte hat nicht ganz die Wirkung gehabt, die Manche sich davon versprochen haben dürften. In Petersburg begnügte man sich mit beruhigenden Versicherungen, man erklärte aufs Neue, daß keineswegs die Absicht bestehe, einen Theil Chinas für sich zu erwerben, und daß die Mandschurei zurückgegeben werden solle, sobald nur erst die näheren Bedingungen der Räumung festgesetzt seien. China verfolgt ebenfalls die Taktik der Verschleppung; es wendet sich angeblich Hilfe suchend an die Mächte Europas, verhandelt aber gleichzeitig im Geheimen mit der zarischen Diplomatie, so daß es unwillkürlich den Anschein gewinnt, die Abtretung der Provinz, oder vielmehr die Stellung derselben unter Rußlands Oberhoheit, sei den gewandten Diplomaten Pekings im Grunde gar nicht unangenehm.

Die zweideutige Haltung der chinesischen Regierung macht die Frage der Mandschurei für die direct interessirten Mächte besonders verwickelt. Sind Rußland und China unter einander einig, so ist ein Eingriff Englands und Japans schon deshalb erschwert, weil diese Staaten dann nicht blos den zarischen Widerstand zu überwinden hätten, sondern auch mit China sich auseinandersetzen müßten. Die Stimmung in dem Inselreiche ist sehr gereizt. Die Londoner Presse veröffentlicht Drohartikel, in denen sie erklärt, man werde das Vorgehen Rußlands nicht dulden, und die Japaner sollen bereits beschäftigt sein, ihre Kriegsmacht für einen Waffengang auszurüsten. Wie die Dinge jetzt liegen, ist es freilich nicht wahrscheinlich, daß Rußland trotz seiner schönen Worte ohne einen Krieg auf seine Errungenschaften in der Mandschurei verzichten sollte. Ist die Lage aber wirklich so ernst, daß der Ausbruch eines Brandes im äußersten Osten befürchtet werden muß?

Zwischen England und Rußland hat die gegenseitige Erbitterung den bekannten Zwischenfall von Tientsin herbeigeführt. Englische und russische Truppen stehen sich scheinbar kampfbereit gegenüber *), so nach einer brieflich eingetroffenen Meldung soll ein Kosak einen britischen Consulatswächter in Niutschwang eigenmächtiger Weise erschossen haben. Das sind ohne Zweifel beachtenswerthe Momente, die durch die Sprache der britischen Presse und die Verhandlungen des Parlamentes an Bedeutung gewinnen. Gleichwohl halten wir es für nicht wahrscheinlich, daß England den Russen thatsächlich in den Arm fallen und sie aus der Mandschurei herausdrängen will. Trotz aller lauten und lärmenden Worte wird in London und Portsmouth doch nichts gethan, was eine Ausrüstung im Großen genannt werden könnte. Weder die Flotte, noch die Armee werden in einen Zustand gebracht, der ihre sofortige Verwendung gestatten könnte. Die Anzeichen einer unmittelbar bevorstehenden Action gegen einen starken und gefährlichen Gegner fehlen durchaus. Es verdient dieses um so mehr bemerkt zu werden, als während des bekannten Faschoda-Zwischenfalles die Engländer ihren Drohungen gegen Frankreich durch die That der Flottenmobilisirung alsbald den nöthigen Nachdruck verliehen. Das vermißt man heute, und deshalb werden die britischen Staatsmänner sich sehr bedenken, bevor sie den Russen im Norden Chinas mit den Waffen entgegentreten.

England weiß ganz genau, was es in einem Kriege mit dem Zarenreiche aufs Spiel setzen würde. Seine gewöhnlichen Schwierigkeiten werden aber augenblicklich durch den andauernden Krieg mit den südafrikanischen Republiken erheblich vermehrt. Sicher sind deshalb die Verwickelungen im äußersten Osten der Anlaß gewesen, daß Lord Kitchener mit Botha Verhandlungen zur Erledigung des Feldzuges anknüpfte, die aber bekanntlich nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben. Ein Friedensschluß in Südafrika wäre den Engländern jetzt von ungeheurem Nutzen gewesen, und hätte ihre Streitkräfte theilweise gegen Rußland frei gemacht. Da diese Hoffnungen sich zerschlugen, wird man in London weiter warten und die Russen durch Zeitungsartikel und Unterhaudreden einzuschüchtern suchen, wenn es nicht gelingt, andere Mächte für die englischen Interessen in der Mandschurei mobil zu machen.

Aus den Worten, die Graf Bülow in letzter Zeit im Reichstage gesprochen, konnten wir mit Genugthuung ersehen, daß die Reichsregierung trotz der unklaren, allgemein gehaltenen Fassung des Yangtseabkommens eine derartige Rolle nicht übernehmen wird. Die wiederholten Berufungen der britischen Blätter auf den Vertrag und die unverblümte Aufforderung an das deutsche Reich, den Russen ein Veto zuzurufen, sind zum Glück vergeblich gewesen. Deutschland wird sich in den kommenden russisch-englischen Streit nicht einmischen. Anders aber steht es mit Japan. Das Inselreich des Ostens besitzt ohne Zweifel ein bedeutendes Interesse, die Ausbreitung Rußlands im nördlichen China zu verhindern. Ist die Mandschurei erst völlig unter die Herrschaft oder das Protectorat Rußlands gelangt, so wird dieses dabei nicht stehen bleiben, sondern weiter vordringen und allmählich auch Korea in den Bereich seiner Machtsphäre bringen. Hier nun stoßen die russischen und japanischen Interessen hart zusammen. Die Beherrschung Koreas durch das Zarenreich kann der Mikado unmöglich zugeben, wenn er nicht freiwillig auf die Großmachtstellung seines Landes im asiatischen Osten verzichten will, es ist deshalb vollkommen erklärlich, wenn die Erregung in Japan sichtlich wächst, wenn die öffentliche Meinung energischen Widerstand gegen das Zarenreich fordert und anscheinend bereits gewisse Vorbereitungen für den Kriegsfall getroffen werden.

Für Japan ist es in gewissem Sinne Lebensfrage, daß Vordringen der Russen zu hindern. Es ist auch insofern günstig gestellt, als seine Seemacht augenblicklich der russischen weit überlegen ist und den Kampf sehr wohl übernehmen kann. Je länger die Entscheidung hinausgeschoben wird, desto mehr müssen sich die Aussichten der Japaner verschlechtern und desto größere Schwierigkeiten wird es ihnen bereiten, das Vordringen Rußlands wirksam zu hemmen. Denn die zarische Regierung macht seit Jahren die größten Anstrengungen, ihre Kriegsflotte auszubauen, um ebenso auf dem Wasser wie zu Lande über Achtung gebietende Streitkräfte zu verfügen. Welche Summen zu diesem Zwecke aufgewendet werden, ergeben die nachfolgenden Zahlen: das russische Marinebudget betrug im Jahre 1897 59,9 Millionen Rubel, im Jahre 1898 64,05 Millionen und im Jahre 1899 83,065 Millionen Rubel. Das ist doch eine ansehnliche Steigerung, und, wenn die Schiffe, für welche diese Summe verausgabt werden, fertig sind, so braucht das Zarenreich die Einwände der Japaner nicht sonderlich zu fürchten. Man dürfte daher annehmen, daß diese Erwägungen Japan zum baldigen Losschlagen veranlassen. Aber die bisherige Politik des östlichen Kaiserreiches spricht nicht dafür. Japan ist vor Rußland im Jahre 1896 zurückgewichen, es hat sein Vordringen ruhig geduldet und erhob nicht mehr als formellen Widerstand gegen die Erwerbung des wichtigen Hafens von Masamphe, an der Südküste Koreas. Diese Thatsachen stehen nun einmal fest. Ohne die directe Unterstützung Englands ist ein activer Eingriff Japans in die mandschurische Frage nicht wahrscheinlich, auch wenn seine Bevölkerung noch so sehr auf dem Kriege besteht. Großbritannien aber wird vor dem Aeußersten sicher zurückschrecken. Deshalb glauben wir, daß, trotz der drohenden Anzeichen, der Friede in Ostasien gewahrt bleiben wird. England und Japan werden nachgeben müssen, damit Rußland seine asiatische Bahn unaufhaltsam verfolgen kann.

*) Sie sind bekanntlich jetzt zurückgezogen. D. Red.

Die Wirren in China.

* **Köln**, 22. März. (Telegramm.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Peking vom 21. d. M.: Ein gelber kaiserlicher Erlaß, wie er in Artikel 10 der Friedensbedingungen vorgesehen ist (Strafandrohung für fremdenfeindliche Gesellschaften), ist an allen Mauerecken der Stadt angeschlagen worden. Volkshaufen drängen sich vor den Anschlägen, um sie zu lesen.

* **Peking**, 22. März. (Reuter.) Die beiderseitigen Schildwachen wurden heute Morgen von dem strittigen Landstriche zurückgezogen.

Rußland und China.

* Man schreibt uns aus Hongkong unter dem 3. Februar: „Es herrscht wohl längst kein Zweifel mehr darüber, daß die sogenannte „Annahme" der Bedingungen der verbündeten Mächte durch die beiden Bevollmächtigten der chinesischen Regierung nichts anderes gewesen ist, als ein neuer Versuch der Chinesen, ihren lästigen Widersachern noch einmal eine tüchtige Hand voll Sand in die Augen zu werfen und dadurch Zeit zu gewinnen, bis daß irgend ein neues, unerwartetes Ereigniß eintritt und vielleicht eine Verschiebung der ganzen Lage bewirkt, von welcher die schlauen Zopfträger dann zu profitiren hoffen. Hierin liegt natürlich nichts Neues oder Unerwartetes, wenigstens nicht für Leute, die nur einigermaßen eingeweiht sind. Was erst der augenblicklichen Situation den pikantesten oder, besser gesagt, gefährlichsten Anblick verleiht, das sind die geheimen Unterhandlungen, welche Rußland hinter dem Rücken der Verbündeten mit China angeknüpft hat, natürlich nur zu dem Zwecke, um seine eigenen, lange gehegten Pläne und Absichten noch rechtzeitig durchsetzen zu können, bevor der chinesischen Regierung durch die Zwangsmaßregeln der Verbündeten die Hände vollständig gebunden sind.

Vielleicht sind sogar diese unter der Hand gepflogenen Verhandlungen in der Hauptsache für die neue Politik des Zögerns und des Hinhaltens verantwortlich, mit welcher China die übrigen Mächte langweilt und beinahe zur Verzweiflung treibt, und das einzige thatsächliche Resultat, welches seit der Befreiung der Gesandtschaften sich aus dem ganzen complicirten Durcheinander losgelöst hat, ist die Thatsache, daß Rußland sich mit einem Schlage zur Herrin der Situation und zum entscheidenden Machtfactor im ganzen fernen Osten gemacht zu haben scheint.

Zum Ueberfluß soll nun auch noch Korea im Geheimen unter die russischen Aspirationen fallen, was natürlich beinahe von größerer Bedeutung sein würde, als das die Mandschurei betreffende Abkommen zwischen Rußland und China. Auf jeden Fall lauten alle von Japan herüberkommenden Nachrichten dahin, daß im Reiche des Mikado betreffs der koreanischen Angelegenheit die stärkste Empfindlichkeit vorherrscht und Rußland in jeder Hinsicht mit dem weitestgehenden Mißtrauen beehrt wird. Es ist dabei nur natürlich, wenn die japanische Diplomatie in berechtigter Nothwehr ihre Gegenminen springen läßt und am Hofe des Königs von Korea denn auch schon den Triumph zu verzeichnen hat, daß die Beziehungen des Vertreters des Zaren in Söul mit der koreanischen Regierung augenblicklich sich recht unfreundlich und sehr gespannt gestaltet haben. Diese Thatsache wird auch durch die von Petersburg aus bereits erfolgte officiöse Ableugnung dieser Vorgänge nicht aus der Welt geschafft.

Das Ganze bietet nun eine hervorragend günstige Gelegenheit für einen chinesischen Staatsmann vom Schlage Li-Hung-Tschang's, seine ganze fuchsschlaue und aalglatte diplomatische Gewandtheit zum Vortheile seines Landes (und vielleicht auch zum eigenen Vortheile) wieder einmal leuchten zu lassen, und er ist der Letzte, der davon nicht den weitreichendsten Gebrauch machen würde. Wer weiß, wie weit Li vielleicht daran Schuld trägt, daß Rußlands Aspirationen nicht einmal an der Grenze Koreas und auch nicht vis-à-vis der festen Entschlossenheit Japans, seine theuer erkaufte Position auf der genannten Halbinsel um jeden Preis zu bewahren, Halt machen? Im Uebrigen bietet heute die ganze Lage Dank dem russischen egoistischen Vorgehen einem Mann wie Li-Hung-Tschang eine ganze Welt von Möglichkeiten, um seine Zwecke zu erreichen, und — das von Rußland und Japan zu gleicher Zeit umworbene Korea bildet für ihn eine geradezu ideale Gelegenheit, die Flamme der Zwietracht zwischen den Gegnern des chinesischen Regimes bis zur Weißglath anzufachen und sich des dadurch hervorgerufenen Unheils zu freuen und davon nach Möglichkeit zu profitiren.

So ruht die hauptsächliche Entscheidung in der chinesischen Krisis thatsächlich zwischen Rußland und China, wenigstens insofern als in dem Vorgehen des Einen und in dem entsprechenden angeblichen Nachgeben des Anderen die größte Gefahr für die gemeinschaftlichen Interessen der verbündeten Großmächte liegt."

Der Krieg in Südafrika.

Die abgelehnten Friedensbedingungen.

* **London**, 22. März. (Telegramm.) Dem Parlamente sind Schriftstücke über die Friedensverhandlungen mit den Boeren nunmehr zugegangen. Nach diesen Berichten sind die Bedingungen, die den Boeren angeboten, von Botha aber abgelehnt worden sind, folgende: Sobald sich alle Streitkräfte der Boeren ergeben, gewährt ihnen die englische Regierung in den Colonien Transvaal und Oranje Amnestie. Gegen die Engländer indessen, die aus Natal oder der Capcolonie stammen, soll nach dem in diesen Colonien während des Krieges zur Anwendung gelangten Ausnahmegesetze verfahren werden. Die auf Helena, Ceylon und anderswo in Kriegsgefangenschaft befindlichen Boeren sollen in ihre Heimath zurückbefördert werden. Die jetzige Militärverwaltung soll durch eine Verwaltung als Kronколonie ersetzt werden. Es soll ferner auch im weitesten Maße eine Selbstregierung zugestanden werden. Das Kircheneigenthum, der Besitz öffentlicher Gesellschaften und die Fonds für Waisen sollen respectirt werden. Die englische und die holländische Sprache sollen in gleicher Weise zur Anwendung gelangen. Die englische Regierung kann nicht für Schulden verantwortlich gemacht werden, die von den letzten republikanischen Verwaltungen gemacht worden sind, stellt aber bereit, eine Summe von nicht über eine Million Pfund Sterling zur Deckung von Schadenersatzansprüchen den Boeren zu bewilligen. Den Farmern soll für ihre Verluste im Kriege Beistand durch eine Anleihe gewährt werden. Kriegssteuer haben die Farmer nicht zu bezahlen. Diejenigen Burghers, die zu ihrem Schutze Feuerwaffen bedürfen, sollen die Erlaubniß erhalten, Waffen zu tragen, wenn sie sich gegen Erlaubnißschein geben und in eine Liste eintragen lassen. den Kaffern soll in beschränktem Maße das Stimmrecht gewährt werden. Wenn eine das Volk vertretende Regierung eingerichtet sein wird, soll die gesetzliche Stellung der Farbigen in ähnlicher Weise geregelt werden wie in der Capcolonie.

Zur Charakteristik britischer Officiere.

Der „Daily Express", dieses Organ des krassen Jingoismus, des lärmvollsten Khaki-Patriotismus, der bislang für die geliebten „Gentlemen in Khaki" unentwegt durchs Feuer ging und ihr Loblied in allen Tonarten sang, sieht sich mit einem Schlage veranlaßt, einen Beitrag zu den vielen Anklagen gegen die „unbrauchbaren" englischen Officiere zu erbringen, wie er sie ähnlich früher bei anderen Blättern gewöhnlich in der gehässigsten Weise als „gemeine Erfindungen" des Pro-Boerenthums in der wüstesten Weise zu denunciren gewohnt war. Unter der Ueberschrift: „Scharfe Kritik über britische Officiere" schreibt das Blatt Folgendes:

„Von Capstadt kommt eine Meldung von höchster principieller Bedeutung, wonach unter den Mitgliedern colonialer Corps ein allgemeines Gefühl tiefsten Mißtrauens und intensiver Abneigung gegen die kaiserlichen Officiere vorherrschen soll. Man ist in den betreffenden Kreisen fast einstimmig der Ansicht, daß diese Herren mit ihren Fähigkeiten, mit ihren Kenntnissen und vor Allem mit ihren Erfahrungen in der richtigen Handhabung und Disciplinirung von Truppen vollständig Schiffbruch gelitten haben und weder sich selbst, noch der britischen Armee Ehre gemacht haben. Der letzte Beweis hierfür wird jetzt durch die Thatsache erbracht, daß es die größten Schwierigkeiten macht, Recruten für die neu zu formirenden berittenen Corps zu bekommen, wenn dieselben von englischen Officieren befehligt werden sollen, und andererseits, daß die officiellen Bekanntmachungen neuerdings ausdrücklich, falls angebracht, darauf hinweisen, daß die Mannschaften von Officieren commandirt werden sollen, welche colonialer Abkunft und aus ihrer früheren Thätigkeit in colonialen Diensten bekannt sind. Unter den „Recruten" wird immer stärker der Wunsch und das Verlangen laut, nicht unter dem Befehle von englischen Officieren stehen zu müssen, und diese Bewegung erstreckt sich sogar auf die „Staats-Garde" von Capstadt. „Wir haben kein Vertrauen zu diesen Officieren" — heißt es allseitig, und diese Abneigung, dieses Mißtrauen wächst mit jedem Tage." — Commentar überflüssig.

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 22. März. (Fleischpreise, Fleischconsum und Arbeiterschaft.) Auf Grund von Wahrnehmungen, die ein deutscher Fabrikant in einer Londoner Markthalle gemacht hat, kommt ein demokratisches Blatt zu dem Ergebniß, daß der englische Arbeiter das Fleisch bedeutend billiger und besser kaufen könne, als der deutsche Arbeiter; der letztere müsse sich infolge der agrarischen Gesetzgebung den Schmachtriemen enger schnallen. Nun ist es ja richtig, daß die Fleischpreise in London während der letzten Jahrzehnte niedriger geworden sind, als bei uns. So sehr erheblich indessen ist der Unterschied nicht. Das geht aus den Tabellen hervor, die der Königsberger Nationalökonom Otto Gerlach in seiner Untersuchung über Fleischconsum und Fleischpreise errechnet hat. Nach diesen Tabellen kostete das Kilogramm Rindfleisch in Preußen 1861—70 88 ₰, 1871—80 115 ₰, 1881—90 117 ₰, 1891—95 125 ₰, 1896 126 ₰. Für London lauten die Zahlen in den gleichen Zeiträumen: 112, 131, 112, 100, 96 ₰. Das Kilogramm Schweinefleisch kostete in Preußen in den angegebenen Zeiträumen: 105, 125, 124, 130, 136 ₰, während die entsprechenden Zahlen für London lauten: 120, 124, 108, 102, 106 ₰. Ist demnach zweifellos der Fleischpreis in Deutschland etwas höher als in England, so geht ebenso zweifellos aus der Statistik hervor, daß trotzdem der Antheil der Arbeiterschaft am Fleischconsum gestiegen ist. Denn gerade in dem industriell am höchsten entwickelten Königreich Sachsen ist der Verbrauch an Rind- und Schweinefleisch auf den Kopf der Bevölkerung ungemein gestiegen. Vom Jahrzehnt 1835—44 angefangen, stieg der Verbrauch an Rind- und Schweinefleisch pro Kopf von 16 kg auf: 17, 21, 25, 30; 35 kg im Jahrzehnt 1885—94. In den Jahren 1895—98 betrug er: 37 kg, 41, 41, 41 kg. In einzelnen Großstädten freilich, wie Berlin, München und Chemnitz, ist ein gewisser Rückgang des Fleischconsums zu constatiren. Aber einmal ist dieser Rückgang durch erhebliche Steigerungen in einzelnen Jahren unterbrochen worden, sodann ist die Vergleichbarkeit nicht immer einwandfrei, drittens ist der Fischconsum in Betracht zu ziehen, der z. B. für Berlin ohne Vororte im Jahre 1896 auf 18,91 kg pro Kopf angegeben wird, und endlich muß berücksichtigt werden, daß in den Städten eine Zunahme des Genusses alkoholischer Getränke stattgefunden hat, der wohl regelmäßig eine Verringerung der festen Nahrung parallel läuft. Im Ganzen gesehen, hat sich in Deutschland der Fleischconsum im 19. Jahrhundert derart entwickelt, daß mit der Kriegsperiode von 1806 an ein starker Rückgang bis zur Mitte des Jahrhunderts einsetzte. Sodann trat eine Steigerung ein, die, mit Unterbrechungen während wirthschaftlicher Krisen, bis zur Gegenwart fortdauert und an der die Arbeiter einen durchaus erheblichen Antheil haben.

N. **Berlin**, 22. März. (Geographische Criminalstatistik.) In Dresden hielt dieser Tage Professor Dr. Seuffert aus Bonn einen Vortrag über Criminalität. Aus diesem Vortrage seien die Bemerkungen über die geographische Vertheilung der Straffälle besonders berücksichtigt, obwohl die von Seuffert angeführten Ziffern sich auf das Jahrzehnt von 1882 bis 1892, also auf einen ziemlich zurückliegenden Zeitraum beziehen. Gerade in Hinsicht auf die geographische Vertheilung der Straffälle ist dies aber nicht von besonderer Bedeutung, da wohl die absoluten Ziffern sich leicht ändern, nicht aber das relative Verhältniß der Criminalität in den einzelnen Gebieten, worauf es hier in erster Reihe ankommt. Nach dieser Statistik kamen auf je 10 000 strafmündige Einwohner im Reiche durchschnittlich 102 Verurtheilungen wegen criminieller Handlungen. Erheblich unter dem Durchschnitte standen das Königreich Sachsen und die Rheinprovinz; erheblich über dem Durchschnitte einzelne Theile von Ostpreußen und von dem südlichen und westlichen Bayern; in den letzterwähnten bayerischen Bezirken war besonders groß die Zahl der Rohheitsdelicte. Bedenkt man, daß das Königreich Sachsen und die Rheinprovinz zugleich die am dichtesten bevölkerten größeren Gebiete im Reiche sind, während Ober- und Nieder-Bayern, sowie Ostpreußen zu den weniger dicht bevölkerten Gebieten gehören, so ergiebt sich die Thatsache, daß die Criminalität gerade dort am geringsten war, wo die Bevölkerung am engsten bei einander wohnte. Bedenkt man ferner, daß Oberbayern der Hauptsache nach, Niederbayern und Ostpreußen ausschließlich agrarische Gebiete sind, das Königreich Sachsen und die Rheinprovinz hingegen zum überwiegenden Theile industrielle Gebiete, so ergiebt sich, daß das Wort von der „Unschuld vom Lande" vor der Criminalstatistik nicht wohl Stich hält. Bedenkt man endlich, daß die Rohheitsdelicte gerade in agrarischen Landestheilen besonders stark vorkommen, so ergiebt sich, daß die agrarischen Befürworter der Einführung der Prügelstrafe bei Rohheitsdelicten sich einiger Vorsicht befleißigen sollten.

ß. **Berlin**, 22. März. (Papismus und Toleranz.) Da eine Commission des deutschen Reichstages mit der Berathung des clerikalen „Toleranzantrages" beschäftigt ist, verdient ein päpstliches Schreiben Beachtung, das die Toleranz des Papismus in höchst drastischer Weise charakterisirt. Es ist an die Bischöfe Englands gerichtet und enthält nach einer Uebersetzung der „Köln. Volksztg." folgende Stellen: „Man kennt sie nur zu gut, die Verderbniß, die bald wüthet, bald deckt, und ihren Ursprung in völlig irrigen Meinungen hat, deren Gesammtheit gewöhnlich mit dem Namen liberaler Katholicismus bezeichnet wird . . . Ich habe den Gläubigen einen sehr heilsamen Rath gegeben, indem ich ihnen auftrug, vor dem Rationalismus sich zu hüten, der schlau und perfid sich eindrängt und mehr als jedes andere Gift dem göttlichen Glauben verderblich ist." — Am Schlusse seines Schreibens empfiehlt der Papst „die Ergebenheit gegen den heiligen Stuhl als eine heilige Sache anzusehen" und den Widersachern des Papstes das Wort des ehrwürdigen Beda entgegen zu halten, „daß, wer sich von der Einheit des Glaubens oder der Gemeinschaft Petri trennt, nicht von den Banden der Sünde erlöst werden, nicht die Schwelle des Himmelreiches überschreiten kann!" — Die Toleranz des Papstes erstreckt sich, wie man sieht, auf die Verstorbenen nicht weniger, als auf die Lebenden.

⊙ **Berlin**, 22. März. (Telegramm.) Zur gestrigen Frühstückstafel bei dem **Kaiser** und der **Kaiserin** war geladen Reichskanzler Graf v. Bülow, der später dem Kaiser Vortrag hielt. Um 3 Uhr hatte der Kaiser eine Besprechung mit dem Bildhauer Professor Caner und erledigte darauf Regierungsangelegenheiten. Einladungen zur Abendtafel waren nicht ergangen. Am heutigen Vormittag arbeitete der Kaiser zunächst allein. Später unternahm er, zum ersten Male nach seiner Verwundung, eine Ausfahrt. Von der Kaiserin begleitet, begab er sich im geschlossenen Wagen nach dem Mausoleum in Charlottenburg, wo die Majestäten anläßlich des Geburtstages Kaiser Wilhelm's I. einen Kranz niederlegten. Von dem Mausoleum kehrten die Majestäten nach dem Schloß zurück, überall von der Bevölkerung ehrfurchtsvoll begrüßt. Um 12¼ Uhr empfing der Kaiser das Präsidium des Reichstags. Der Präsident Graf Ballestrem hielt eine warm empfundene Ansprache, der Freude des Reichstages darüber Ausdruck gebend, daß der Kaiser einer so schweren Gefahr entronnen sei. Der Kaiser bat darauf den Grafen von Ballestrem, dem Reichstage seinen herzlichen Dank für diese Kundgebung zu übermitteln. Mit jedem der drei Präsidenten unterhielt sich dann der Kaiser, der sehr wohl aussah und nur noch unterhalb des rechten Auges einen leichten Verbandstreifen trug, noch des Längeren. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses wurde um 1 Uhr empfangen. Präsident v. Kröcher richtete an den Kaiser eine Ansprache, in der er an den unseligen Anschlag an einem Frühlingstage auf Kaiser Wilhelm erinnerte, Gott dankte, daß Schlimmeres jetzt vom Kaiser abgewendet worden sei, und Gott bat, fernerhin den Kaiser zu schützen. Der Kaiser dankte und sprach seine Freude darüber aus, daß das Abgeordnetenhaus